

In der Senatssitzung am 5. Juli 2022 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

28.06.2022

S 5

Vorlage für die Sitzung des Senats am 05.07.2022

Unterstützung von geflüchteten Menschen mit Behinderung

(Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist der Anteil behinderter Menschen an der Gesamtzahl der Geflüchteten in der Stadt Bremen?
2. Welche speziellen Hilfe- und Unterstützungsangebot für geflüchtete Menschen mit Behinderung werden seitens der senatorischen Behörde für Soziales, Integration, Jugend und Sport, des Amtes für Soziale Dienste und der Träger in der Versorgung geflüchteter Menschen in Bremen angeboten?
3. Wird Barrierefreiheit für die diversen Integrations- bzw. Sprachkurse sichergestellt, wenn ja, in welcher Form, wenn nein, warum nicht?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Zum Stichtag 21. Juni 2022 lag der Anteil an geistig oder körperlich behinderten Menschen in den Unterkünften des Landes und der Stadt Bremen bei 42 Personen, das sind 1,25 Prozent aller Geflüchteten in den Einrichtungen. Darüber hinaus ist eine einstellige Zahl an Menschen mit Behinderungen beim Amt für Soziale Dienste vorstellig geworden, die privat untergekommen sind.

Zu Frage 2:

15 Unterkünfte für Geflüchtete verfügen über barrierefreien Wohnraum. Insgesamt stehen dort 27 Zimmer und 30 Wohnungen beziehungsweise Appartements zur Verfügung. Seit Herbst 2021 besteht zudem eine Kooperation der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport mit dem Projekt BeSAFE. BeSAFE ist ein Modellprojekt der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer im Zusammenarbeit mit dem Psychosozialen Behandlungszentrum für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*Personen und Intersexuelle, Rosa Strippe e.V. BeSAFE soll ein Konzept entwickeln und erproben, mit dem sich besondere Schutzbedarfe in Erstaufnahmeeinrichtungen identifizieren lassen. Die Pilotierung erfolgt bis Ende 2022. Anfragen von geflüchteten Personen mit Behinderungen beziehungsweise Personen im Umfeld werden an das Amt für Soziale Dienste weitergeleitet. Hier werden die Unterstützungsbedarfe ermittelt und passende Hilfen und Angebote gesucht. Es besteht eine enge Kooperation mit Beratungsstellen und Leistungserbringern für behinderte Menschen.

Zu Frage 3:

Mehrere Sprachlernangebote wenden sich gezielt an zugewanderte Menschen mit körperlichen und leichten kognitiven Beeinträchtigungen. Für Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung bietet das Paritätische Bildungswerk Integrationskurse an.

Seit 2020 wird in Bremen zudem ein Modellprojekt zur Sprachvermittlung für Menschen mit kognitiven Einschränkungen umgesetzt. Auf Basis der Projekterkenntnisse wird angestrebt, demnächst einen Integrationskurs für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung als Pilotvorhaben umzusetzen.

Bremen setzt sich bundesweit dafür ein, dass dieses Angebot in die Fläche getragen wird. Die Integrationsministerkonferenz hat im Frühjahr 2022 auf Initiative der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport den Bund aufgefordert, entsprechende Angebote zu entwickeln, finanziell zu unterstützen und in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage.

Es sind beide Geschlechter betroffen. 48 Prozent (20 Personen) der derzeitigen Bewohner:innen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen der Unterkünfte für Geflüchtete in der Stadt Bremen sind weiblichen Geschlechts.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 28.06.2022 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.